

## **Antrag**

**des Abgeordneten Stephan Brandner, Marc Bernhard, Dr. Michael Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Abschaffung der Sommerzeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Europäischen Rat für eine gemeinsame Regelung aller Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Abschaffung der Sommerzeit in der Europäischen Union einzusetzen.

Berlin, den 11. November 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Am Sonntag den 26. März 2023 werden in Europa die Uhren umgestellt, von der Normalzeit auf die Sommerzeit. Die jährlichen Zeitumstellungen im Oktober und März hätten nach dem Willen der Bürger Europas längst abgeschafft werden sollen. Die EU-Kommission hatte im September 2018 vorgeschlagen, die saisonalen Zeitumstellungen zu beenden. Zuvor hatten dies einzelne Mitgliedsstaaten gefordert. In einer Umfrage der Kommission zur Sommerzeit, an der 4,6 Millionen Menschen teilgenommen hatten, votierten 84 Prozent für die Abschaffung jener Zeitumstellung ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_18\\_5302](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_18_5302)). Nach einer Bewertung der bestehenden Regelung zur saisonalen Zeitumstellung kam die Kommission jedoch zu dem Schluss, dass die Mitgliedstaaten am besten in der Lage sind, selbst zu entscheiden, ob sie die Sommer- oder Winterzeit dauerhaft beibehalten wollen ([https://germany.representation.ec.europa.eu/zeitumstellung\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/zeitumstellung_de)). Die Bundesregierung hat sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode prinzipiell für die Abschaffung der Uhrenumstellung ausgesprochen. Sie strebt ein abgestimmtes Vorgehen mit den europäischen Nachbarn an und will Zeitinseln vermeiden (Drucksache 19/17807), um den Binnenmarkt, sowie den Luftverkehr zu schützen. Daher sollte eine gemeinsame Regelung innerhalb der EU angestrebt werden.